Nummer 278

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Mittwoch, 18. Juni 1930

Geht Moldenhauer?

Nachdem wir schon in dem Leitartikel unserer Pfingstausgabe bei der Erörterung des Moldenhauerschen Deckungsprogramms festgestellt hatten, daß eben ein anderer Finanzminister ein wesentlich anderes Deckungsprogramm vorlegen müßte, wenn Moldenhauer zu einer Ablehnung seinem bisher beschrittenen Wege nicht geneigt wäre, ist inzwischen die Frage, ob ein Verbleiben des jetzigen Finanzministers im Amt opportun wäre, mehrfach behandelt worden, und große Blätter, die der Regierung im allgemeinen gedanklich nahestehen, haben diese Frage verneint. In die Debatte mischt sich ein demokratisches Berliner Blatt ein, das zwar Moldenhauers bisherige Tätigkeit ebenfalls scharf kritisiert, die Frage der Verantwortlichkeit aber auf das gesamte Kabinett ausdehnt und verlangt, die gesamte Regierung müsse gehen, da sie insgesamt versagt habe. Hier haben wir es mit dem schon seit Tagen vielfach hervorgetretenen demokratischen Versuch zu tun, ohne Reichstagsauflösung, mit diesem Reichstag die Regierung der Großen Koalition wiederherzustellen. Das muß deutlich festgestellt werden, damit Klarheit über die Beweggründe der Angriffe besteht, die vom äußersten linken Flügel der jetzigen Regierungskoalition gegen Moldenhauer und die Regierung Brüning unternommen werden. Auch wir haben unsere Meinung über den jetzigen Reichsfinanzminister um so weniger geändert, als wir nicht bemerken können, daß weder der allgemeine Widerspruch noch die sachlichen Gegenvorschläge irgendeinen Eindruck auf Professor Moldenhauer machen;

in parlamentarischen Kreisen verlautet übrigens, daß führende Mitglieder der Deutschen Volkspartei an Moldenhauer herangetreten sind und ihm nahegelegt haben, sein Amt niederzulegen.

Wir sehen aber nicht den geringsten Grund, deswegen den Kurs der deutschen Regierungspolitik wieder nach links sich wenden zu lassen. Das Verlangen des früheren Reichsfinanzministers, des Sozialdemokraten Hilferding, war so katastrophal, daß bekanntlich die Schwierigkeiten, mit denen sein Nachfolger gerade jetzt zu kämpfen hat, zum größten Teil auf das Hilferdingsche Schuldkonto zu buchen sind. Trotzdem hat das Kabinett Müller keineswegs die Gesamtverantwortung für Hilferding übernommen, sondern ist im Amt geblieben. Im übrigen dürften auch die Sozialdemokraten nicht die geringste Neigung haben, ohne Neuwahlen die Regierung wieder zu übernehmen. Ihre Absicht ist es, sich bei Neuwahlen zunächst — z. B. auf Kosten der Demokraten — zu bereichern und dann mit verstärkter Stimmenzahl die Regierung zu bilden, in der die bürgerlichen Parteien die Rolle ungern geduldeter Mitläufer spielen dürfen.

Das Echo des Preußenvorschlages.

Auch die Sozialdemokratie nicht einverstanden.

Der preußischen Regierung geht es mit ihrem Abänderungsvorschlag zum Moldenhauerschen Deckungsprogramm ähnlich, wie dem Reichskabinett mit dem Programm selbst: die hinter den Regierungen stehenden Parteien tun nicht mit. Nachdem gestern bereits die Demokraten „starke Bedenken" gegen die „jeder inneren Begründung entbehrenden" Preußen-Vorschläge angemeldet haben, läßt sich heute auch der „Sozialdemokratische Pressedienst" in ähnlichem Sinne vernehmen. Das parteioffiziöse Organ der Sozialdemokratie schreibt: „Die Absicht der preußischen Regierung, die Festbesoldeten mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, die für die Dauer der Wirtschaftskrise gelten sollen, ist einseitig. Solange die Absichten der preußischen Regierung nur in diesen groben Umrissen bekannt sind, wird man Zweifel daran haben müssen, ob der Gedanke steuerlicher Gerechtigkeit ausreichend gewahrt wird."

Bemerkenswert ist auch ein Einwand des „Berliner Tageblatts", das sich grundsätzlich dagegen wendet, daß an Stelle einer Vorlage der Reichsregierung die Vorlage einer Landesregierung auf dem Umwege über den Reichsrat an den Reichstag gelangt. Es widerspreche „durchaus der Aufgabenverteilung, die die Verfassung vorsieht, wenn eine Landesregierung die Funktionen der Reichsregierung übernimmt."

Der Ausschuß des Reichsrates

begann heute vormittag die Generaldebatte über das Deckungsprogramm der Reichsregierung. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer leitete die Beratungen mit einer Rede ein, die lediglich aus einer Wiederholung jener Argumente bestand, die teils von ihm selbst, teils von anderen Mitgliedern der Reichsregierung in den letzten Tagen vorgebracht worden sind, um das Notopfer zu begründen.

— Ein Spionagefall in der Reichswehr. In unserem gestrigen Morgenblatt hatten wir gemeldet, daß auf dem Bahnhof Minde der Obermusikmeister Adam vom 6. Artillerieregiment mit seiner Frau zusammen verhaftet worden ist. Es stellt sich heraus, daß Adam in eine Spionageaffäre großen Stils verwickelt ist und sich, nach Westen hin, offenbar gewisser Verbindungen bediente, die durch seine Frau, eine geborene Lothringerin, hergestellt worden waren. Nähere Mitteilungen können, um eine Verdunkelung der weiteren Untersuchung zu vermeiden, nicht gemacht werden.

Kommunisten-Ueberfall auf einen Autobus.

Schüsse und Steinwürfe gegen den vollbesetzten Wagen. — Vier Personen schwer verletzt.

In der vergangenen Nacht ereigneten sich in Reinickendorf schwere politische Ausschreitungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. An der Haltestelle der Omnibuslinie 15 an der Greulichpromenade Ecke Appenzeller Straße wurde der Omnibus, den etwa 15 Nationalsozialisten bestiegen hatten, von unerkannt entkommenen politischen Gegnern beschossen und mit Steinen beworfen, wobei vier Personen so schwer verletzt wurden, daß sie im Reinickendorfer Krankenhaus Aufnahme finden mußten.

Die Nationalsozialisten veranstalteten in Müllers Festsälen in der Scharnweberstraße 14 in Reinickendorf eine Versammlung. Bei der Diskussion kam es zu Auseinandersetzungen mit Angehörigen der KPD, und als einem Kommunisten von dem Versammlungsleiter nicht das Wort gegeben wurde, entstand eine allgemeine Schlägerei. Mit Stuhlbeinen und Bierseideln schlugen die politischen Gegner aufeinander los, und die anwesenden Polizeibeamten konnten erst mühsam die Ruhe wieder herstellen, nachdem zwei Schreckschüsse abgegeben worden waren. 62 Versammlungsteilnehmer, Nationalsozialisten und Kommunisten, die sich bei dem Kampf besonders hervorgetan hatten, wurden festgenommen und zur Abteilung I A des Polizeipräsidiums gebracht.

Nach Schluß der Versammlung kam es dann an der Omnibushaltestelle an der Greulichpromenade zu noch wüsteren Ausschreitungen. Als eine Anzahl Nationalsozialisten den Omnibus der Linie 15 bestiegen hatten, wurde von ihren politischen Gegnern, die ihnen vermutlich von der Versammlung gefolgt waren, plötzlich auf den Wagen ein Steinbombardement eröffnet und etwa acht Schüsse abgegeben. Dadurch wurden der Nationalsozialist Herbert Anderson aus der Rathenower Straße in Hermsdorf durch einen Augenschuß, der Nationalsozialist Rudolf Schneidereit, wohnhaft Greulichpromenade, durch einen Lungenschuß, ein Edgar Schröder aus der Wendestraße in Hermsdorf durch einen Armschuß schwer verletzt. Eine Käthe Hohensee aus der Residenzstraße in Reinickendorf erlitt durch Steinwürfe leichtere Verletzungen. Die Täter, die sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite aufgehalten hatten, flüchteten sofort, so daß die alarmierte Revierpolizei und das Ueberfallkommando niemand festnehmen konnte. Der Omnibus wies sieben Einschüsse auf und außerdem wurden im Innern vier große Pflastersteine gefunden. Einer der Hauptäter wird von den Ueberfallenen als ein etwa 1,75 Meter großer, schlanker, 25—30 jähriger Mensch geschildert, der mit einem Jackettanzug bekleidet war. Die Abteilung I A hat umfassende Ermittlungen eingeleitet, die jedoch bisher zu keinem Erfolg geführt haben.

*

Dieser unerhörte Vorgang zeigt, wie weit wir mit der Verwilderung der Sitten im innerpolitischen Kampf bereits gekommen sind. In erster Linie sind es die Kommunisten, die sich immer mehr zu Herren der Straße machen und besonders in der Reichshauptstadt wie Banditen sich gebärden, ohne auch die an ihren Auseinandersetzungen Unbeteiligten zu schonen. Eine energische Regierung, ein der Bedeutung seiner Aufgabe bewußter Polizeipräsident hätten längst dafür gesorgt, daß Vorfälle wie der oben geschilderte nicht mehr vorkommen könnten. Wir haben ja oft genug in unserer Zeitung darauf hingewiesen, daß das Verbot des Roten Frontkämpferbundes nur auf dem Papier besteht und daß die kommunistischen Mordorganisationen ungehemmt weiterwirken. Solange solche Elemente mit Sturmabteilungen angefaßt werden, ist die Ruhe des Staates und die Sicherheit des Bürgers bedroht. Gewalt gegen Gewalt! Findet man die Mordbuben von Reinickendorf nicht, so sollte man an ihren Auftraggebern endlich einmal ein Exempel zu statuieren. Man weiß ja in der politischen Polizei, wo sich die Büros befinden, in denen die Nachfolger des Roten Frontkämpferbundes sitzen und von denen aus die zahlreichen blutigen Taten der letzten Monate inszeniert wurden.

Eine neue Milliarde für Frankreichs Rüstungen

TU Paris, 18. Juni.

Die französische Regierung beschäftigt sich nunmehr eingehend mit dem Landesverteidigungsprogramm, das seit Dienstag Gegenstand ausführlicher Besprechungen sowohl in einem von Tardieu einberufenen Kabinettsrat als auch im Heeres-Unterausschuß war, der sich mit der Finanzierung der Verteidigungspläne zu beschäftigen hat. Nach der Ministerbesprechung am Dienstagvormittag hatten sich der Kriegsminister, der Marineminister und der Luftfahrtminister vor den Heeres-Unterausschuß begeben, um ergängende Erklärungen über die Absicht der Regierung abzugeben.

Das Hauptaugenmerk der Regierung richtet sich im Augenblick auf die Anschaffung und Ergänzung der Munitionslager sowie auf die Vervollständigung des Materialparkes. Der Ausbau der Ost- und Südgrenzen wird neben diesen Fragen naturgemäß programmäßig weiter durchgeführt und schetzt nach den Angaben, die der Finanzminister vor einigen Tagen vor dem Finanzausschuß der Kammer abgegeben hatte, gute Fortschritte zu machen. Haushaltsminister Germain-Martin und Finanzminister Reynaud werden sich am heutigen Mittwoch vor dem Finanzausschuß über die finanzielle Seite des Verteidigungsprogramms äußern.

Wie das „Echo de Paris" mitzuteilen in der Lage ist, gingen Erklärungen, die Kriegsminister Maginot, Marineminister Dumesnil und Luftfahrtminister Laurent-Eynac vor dem Heeres-Unterausschuß abgegeben haben, darauf hinaus, daß die Regierung die Kammer um die Genehmigung eines Sonderkredits in Höhe von einer Milliarde Francs bitten wird, der dazu dienen soll, den Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministerium den weiteren Ausbau des Landesverteidigungsprogramms zu ermöglichen.

Der gestrige Tag war ein regelrechter „Tag der nationalen Verteidigung". Die an dieser Frage interessierten Minister hielten im Innenministerium eine vierstündige Besprechung ab. In der Unterkommission der Kammer waren der Kriegs-, der Luftfahrt- und der Marineminister erschienen. Alle diese Besprechungen werden streng vertraulich behandelt und vor der Oeffentlichkeit werden alle Einzelheiten aufs strengste geheim gehalten.

Die „Victoire" glaubt mitteilen zu können, daß die Kammer, vertreten durch eine aus Mitgliedern aller Parteien gewählten Kommission, in einer Geheimsitzung über die geforderten Kredite beraten werde.

Die Aufklärung über die verschwundenen fünf Milliarden Franken des Schatzamtes, deren Verwendung man ebenfalls den Bedürfnissen der nationalen Verteidigung zuschreibt, ist die Regierung bisher immer noch schuldig geblieben. In der Finanzkommission der Kammer spricht man nicht mehr davon.

Finnländischer Bauernaufstand gegen den Kommunismus.

TU Stockholm, 18. Juni.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, erwartet man, daß der geplante große Bauernzug nach der Hauptstadt am 1. Juli zustandekommt, um einen Druck auf den Reichstag auszuüben und die Durchführung der Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten zu erzwingen. Dem früheren Reichsverweser Svinhufvud ist es gelungen, die Ruhe soweit wieder herzustellen, daß es bei den Bauerndemonstrationen am Dienstag zu keinem Blutvergießen kam. Die Lappo-Bewegung breitet sich jedoch überall weiterhin aus. Der Stockholmer „Dagens Nyheter" zufolge ist es nunmehr bestimmt, daß das Agrarierkabinett Kallio am 1. Juli zurücktritt, das bei einem großen Teil der Bauernschaft das Vertrauen verloren hat. Besonders hervortretend ist der religiöse Einschlag hauptsächlich in den pietistischen Kirchspielen der Provinz Osterbotten. Führer der Lappo-Bewegung wollten am Dienstag bereits den Rücktritt des Kabinetts vor Zusammentritt des Reichstages erzwingen und boten dem Senator Svinhufvud an, die Regierung zu übernehmen. Dieser lehnte jedoch ab und empfahl, alle Maßnahmen bis zum Zusammentritt des Reichstages aufzuschieben. An mehreren Stellen des Landes wurden kommunistische Führer gefangen genommen und an unbekannte Stellen entführt, angeblich nach Sowjetrußland.

Der polnische Senat vertagt.

TU Warschau, 18. Juni

Kurz nach Mitternacht wurde dem Senatsmarschall ein Erlaß des Staatspräsidenten überreicht, wonach die für Montag anberaumte Senatssitzung um einen Monat vertagt wird. Die Vertagung des Senats hat größte Ueberraschung hervorgerufen, zumal allgemein damit gerechnet wurde, daß der Senat wenigstens zwei Tage zur Erledigung einer Reihe von Vorlagen tagen könnte. Dem Sejm wird zweifellos ein ähnliches Schicksal beschieden sein.

Vierzehn Fragen — vierzehn Antworten.

Die Diskussion Poincaré — Gerin.

Von

August Bach.

In diesen Tagen ist im Verlag Payot in Paris eine Schrift erschienen, die gerade in Deutschland stärkste Beachtung und aufmerksame Prüfung erfordert. Es handelt sich um eine Diskussion in der Kriegsschuldfrage zwischen dem Pariser Privatdozenten René Gerin und Poincaré.

Bekanntlich war der ehemalige Direktor im französischen Kolonialministerium, Georges Demartial, auf Grund seiner Arbeiten über die Vorgeschichte des Krieges und den Kriegsausbruch aus der Ehrenlegion ausgeschlossen worden. Daraufhin teilte Gerin dem Rat der Ehrenlegion mit, daß er seine Pension, die er von der Ehrenlegion bezog, jedes Jahr dafür verwenden werde, einige Arbeiten von Demartial zu verbreiten.

Gerin versandte die erste Zusammenstellung einiger Aufsätze von Demartial im Januar 1929. Nur einer antwortete ihm — Poincaré. Er gab dem Wunsch Ausdruck, Gerin persönlich kennen zu lernen und in einer Aussprache im Frühjahr 1929 gab Poincaré die Zusage, auf einige Fragen, die Gerin formulieren sollte, öffentlich zu antworten. Im Juni 1929 übersandte Gerin vierzehn Fragen an Poincaré. Erst im April dieses Jahres konnte Poincaré, der infolge seiner langwierigen Krankheit Monate hindurch an jeder Arbeit verhindert war, Gerin seine Antworten einreichen. Gerins Fragen und Poincarés Antworten liegen nunmehr in Buchform vor und geben in ihrer Zusammenstellung eine sehr anschauliche Darstellung der französischen offiziellen und der französischen revisionistischen Auffassung in der Kriegsschuldfrage.

Gerins Fragen sind sehr scharfsinnig formuliert und in ihren wesentlichsten Punkten auf die persönliche Verantwortlichkeit Poincarés für den Kriegsausbruch 1914 zugespitzt. Aus den vorliegenden vierzehn Fragen und Antworten, die sich inhaltlich häufig überschneiden, lassen sich drei wesentliche Fragen und Antworten herausschälen:

1. War im Jahre 1914 die Anordnung der Mobilmachung gleichbedeutend mit der Eröffnung der Feindseligkeiten?
2. Ist die französische Regierung im Juli 1914 in ihren Versprechungen an Rußland über die Vertragsbestimmungen des russisch-französischen Zweibundes hinausgegangen?
3. In wie weit war die französische Regierung im Juli 1914 über die russischen militärischen Maßnahmen, insbesondere über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung unterrichtet?

Auf dem Höhepunkt der Julikrise 1914 hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg wiederholt sowohl in Petersburg wie in Paris mitteilen lassen, daß die deutsche Mobilmachung den Krieg bedeuten werde. Dieser Auffassung war Poincaré im IV. Band seiner Memoiren „L'Union sacrée" entgegengetreten mit der Behauptung, daß die Mobilmachung nicht unbedingt den Krieg unvermeidlich machen müsse. An diese Behauptung knüpft nun Gerin an und erinnert Poincaré an die Verhandlungen beim Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention. Damals wurde sowohl von dem französischen General de Boisdeffre wie von dem russischen General Obroutchef unter Zustimmung des Zaren anerkannt, daß die Mobilmachung den Krieg bedeute. Den gleichen Standpunkt vertrat ein Befehl des russischen Generalstabes vom 12. März 1912, der besagte, „daß bei Verkündung der allgemeinen Mobilmachung der Bezirke des europäischen Rußland, entsäglich politischer Verwicklung an den westlichen Grenzen, das Telegramm betreffend Mobilmachung gleichzeitig auch als ellerhöchster Befehl betreffend Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich und Deutschland zu gelten habe."

Als am 30. September 1912 die Balkanstaaten gegen die Türkei mobil machten, wurde an dem gleichen Tage dem sechsten Armeekorps in Warschau der Befehl mitgeteilt, daß „die Verkündung der Mobilmachung auch die Verkündung des Krieges gegen Deutschland" sei. Erst in einer besonderen Beratung über die vorbereitenden Kriegsarbeiten vom 21. November 1912 wurde dieser Befehl, daß die Mobilmachung auch gleichzeitig die Eröffnung der Feindseligkeiten bedeute, aufgehoben, da der russische Generalstab befürchtete, der Befehl könne zu schweren Mißverständnissen führen. Dafür wurde aber erklärt, daß es sich als vorteilhaft erweisen könne, „aufzumarschieren, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiderbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden". Die Maßnahmen sollten dabei „durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern".

Diese Dokumente werden von Gerin Poincaré vorgehalten, und Gerin bittet Poincaré, dazu Stellung zu nehmen. Poincaré erklärt zunächst, daß die Auffassungen des General de Boisdeffre nicht identisch seien mit denen der französischen Regierung. In dem französisch-russischen Bündnisvertrag sei jedenfalls diese Formulierung nicht enthalten. Das ist eine sehr überflüssige Bemerkung Poincarés, denn die Feststellung, daß Mobilmachung gleich